

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 102 (2008)
Heft: 12

Artikel: Vom Systemrisiko zur Systemfrage
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390010>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Willy Spieler

Vom Systemrisiko zur Systemfrage

• In seinem Buch «Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen» vertritt der Berliner Marxist Elmar Altvater die Meinung, dass der Kapitalismus nicht in einer «samtenen Revolution» untergehen werde, sondern dass nur äussere Erschütterungen oder Krisen «seinen Zusammenbruch bewirken» könnten, aber – und das ist ein grosses ABER – nur «im Verein mit einer glaubwürdigen Alternative». Die weltweite Erschütterung des Finanz- und Wirtschaftssystems bringt es an den Tag. Die Krise ist da, aber die glaubwürdige Alternative scheint zu fehlen. Kleingläufig, wie sie seit 1989 daherkommt, hat sich die Linke darauf kapriziert, dem neoliberalen Kapitalismus als soziale und allenfalls noch ökologische Reparaturkolonne zu dienen. Dieser Reformismus ist jedoch gründlich misslungen. Das System erweist sich als irreparabel, seine Risiken sind zu gross geworden, seine Verwerfungen führen zum sozialen und ökologischen Ruin.

Das Systemrisiko UBS

Als die UBS, ehemals Bankgesellschaft, mit dem Bankverein zur neuen UBS fusionierte, warnte der Direktor der Eidgenössischen Bankenkommission, dass die Eigenmittel der beiden Banken für das Risiko zu knapp bemessen seien.

Der Bund sollte sich darum nicht nur Gedanken über die Staatsgarantie bei den Kantonalbanken machen, sondern sich «vermehrt um das Systemrisiko bei den Grossbanken kümmern». Er dürfe «nie in die Lage kommen, für eine Grossbank einzustehen zu müssen» (TA, 23. 12.97). Im Geschäftsbericht 1997 der Eidgenössischen Bankenkommission steht denn auch: «Der Marktanteil der Grossbanken im Inland hat im Laufe des letzten Jahrzehnts ein Ausmass erreicht, welches einem Systemrisiko gleichkommt, das durch die angekündigte Fusion der UBS mit dem SBV noch zusätzlich an Bedeutung gewonnen hat.»

Das heisst: Die Fusion wurde wider besseres Wissen getätigert und zugelassen. Die beiden Fusionisten beschworen in ihrer Pressemitteilung den «verstärkten globalen Wettbewerb» mit seinen «immer höheren Anforderungen an die kritische Grösse eines Finanzunternehmens». Sie feierten die 1320 Milliarden Franken in ihren Tresoren, die aus der UBS den «weltweit grössten Vermögensverwalter» machen werde. Ja, sie überboten sich in der Vorfreude auf «eine Eigenkapitalrendite von 15 bis 20%» im Jahr 2002.

Im darauffolgenden «Zeichen der Zeit» schrieb ich dagegen angesichts der System gewordenen Kombination von Gier und Grössenwahn von einem «Alpträum». «Aber» – so meine damalige Hoffnung – «vielleicht ist ‹der Markt› für einmal vernünftig und lässt diese Megaunternehmen an ihrer eigenen, nicht mehr überblickbaren, nicht mehr steuerbaren Grösse zugrunde gehen. Künftige Generationen würden vom Dinosauriersyndrom sprechen, das den Shareholder-Kapitalismus ad absurdum führte. ‹Der Markt› würde vielleicht weiterhin Englisch sprechen, aber dann wohl eher ‹Small is beautiful› sagen» (NW 1/1998, 31).

Und nun? Wenn heute die Steuerzahrenden direkt oder indirekt den drohenden Zusammenbruch des «Titanen» mit

einem 68-Milliarden-Paket verhindern müssen, dann wird es höchste Zeit, ihn zu verstaatlichen. Es sei legitim, «bestimmte Arten von Gütern der öffentlichen Hand vorzubehalten, weil die mit ihnen verknüpfte über grosse Macht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls Privathänden nicht überantwortet bleiben kann», lautete der «Sozialisierungsbeschied» der katholischen Kirche 1931, inmitten der letzten grossen Weltwirtschaftskrise (Quadragesimo Anno, 114). Ein Systemrisiko hört natürlich nicht schon dadurch auf, dass es vom Staat übernommen wird. Aber die Eidgenossenschaft könnte die UBS in überlebensfähige Einheiten aufteilen, Investmentbank und Handelsbank trennen, die KMU-Geschäftskonten an Kantonalbanken übertragen usw. Der Bund hätte es auch in der Hand, die Bankangestellten an den unternehmerischen Entscheidungen zu beteiligen. Analog wäre vorzugehen, wenn Credit Suisse, Swiss Re oder «Zürich», die weiteren drei dominierenden Konzerne des Finanzplatzes, mit Steuergeldern vor dem Untergang bewahrt werden müssten.

Es ist hier nicht der Ort, die technischen Instrumentarien zu rekapitulieren, die das System retten sollen, von einer starken Finanzmarktaufsicht über die Regulierung von «Bonität statt Boni» bis zum Verbot «strukturierter Finanzprodukte». Es braucht nicht Notoperationen, um das System über die Runden zu bringen. Es braucht ein neues Fundament, das den gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilt und die Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit umlenkt. Nur so werden auch die Banken in den Dienst der Realwirtschaft gestellt und verpflichtet, die gesparten Gelder in sinnvolle Investitionen umzulegen.

Die «glaubwürdigen Alternativen» kommen hierzulande aus gewerkschaftlichen Kreisen. Beat Ringger (www.denknetz-online.ch) und Oliver Fahrni (work 3.10.08) schlagen zum Beispiel die Einführung eines Wirtschafts- und So-

zialrates vor, dessen Grundauftrag der ökosoziale Umbau der Wirtschaft wäre. Für die Anstossfinanzierung verfügte der Rat über einen Investitionsfonds. Die angesparten Gelder der Zweiten Säule würden in diese Zukunftswirtschaft eingebracht und damit erst noch krisenresistent angelegt. Dem Wirtschafts- und Sozialrat stellt Oliver Fahrni ein «nationales Kompetenzzentrum» zur Seite, das die ökologische Re-Industrialisierung steuern und insbesondere erneuerbare und dezentrale Energien, den öffentlichen Verkehr, grüne Nanotechnologien und Ökosanierungen fördern würde.

Überbetriebliche Demokratisierung

Ich spinne den Faden weiter: Der Rat würde vom Volk gewählt, aber nach einer Quotenregelung müssten hier Frau und Mann paritätisch, Arbeit, Ökologie und Öffentlichkeit (zum Beispiel Kommunen) drittelparitätisch vertreten sein. Denkbar wäre auch ein Dreikammersystem mit Ständerat und Nationalrat oder ein neues Zweikammersystem ohne Ständerat. Der Phantasie sind nur die Grenzen der Zeit gesetzt, die bis zum nächsten Crash nicht mehr beliebig zur Verfügung steht. Und gewiss müssten solche Räte auch in Europa und in der Völkergemeinschaft gebildet werden. Damit würden wir eine Forderung aufgreifen, die der katholischen Soziallehre in den 1960er Jahren von der Enzyklika «Mater et Magistra» (Nr. 99) bis zur Konzilskonstitution «Gaudium et Spes» (Nr. 68.1) schon einmal wichtig war. Auch der grosse Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning SJ bejahte diese überbetriebliche Demokratisierung der Wirtschaft und meinte, «im Vergleich dazu sei die wirtschaftliche Mitbestimmung im Unternehmen, gegen die man sich sperrt, nicht viel mehr als ein harmloses Vorspiel». Das eigentliche und umfassende Systemrisiko ist die weltweite Totalisierung der Märkte. Wenn die Schweizer Aufsichtsbehörden die

UBS-Fusion zuließen, dann im Einklang mit dem Kartellgesetz, das ihnen gebot, «die Stellung der Unternehmen im internationalen Wettbewerb» zu berücksichtigen (Art. 10 Abs. 4).

«Globalisierungsfalle»

Damit wurde die Devise «je grösser, desto besser» sanktioniert und die Volkswirtschaft zur Geisel der neoliberalen Globalisierung gemacht. Dass der internationale (Finanz-)Markt jede nationale und demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik aushebeln sollte, war ja das erklärte Ziel seiner Akteure. Am WEF 1996 in Davos hatte Hans Tietmeyer, der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, moniert, «dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden» (FAZ 3.2.1996). So intensiv war die neoliberale Gehirnwäsche, dass Vernunft und Gemeinwohl keine Rolle mehr spielten. Der Weltmarkt war das Weltgericht.

Das Gute an der heutigen Krise ist, dass diese demokratifeindliche Ideologie endlich den Schiffbruch erleidet, der schon längst fällig war. Der Washington Consensus, mit dem IWF und Weltbank der ganzen Welt die Dogmen von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung aufzertroyieren wollten, hat ausgedient. Erkannt und anerkannt ist die Notwendigkeit einer Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte, vielleicht der Weltwirtschaft überhaupt. Aber was heißt das?

Gefragt wären die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, die Verhinderung der Steuerflucht und die Schliessung der Offshore-Finanzplätze. Von grösster Bedeutung wäre eine Devisentransaktionssteuer (Tobin-Tax), die bei einem Steuersatz von 0,1 Prozent der Völkergemeinschaft jährlich gegen 150 Mia. Dollar einbringen würde. Damit liesse sich nicht nur die Armut

bekämpfen und in den Klimaschutz investieren, sondern erst noch die Überiquidität der Finanzmärkte abbauen. Was die Altermondialistes fordern, hat heute erhöhte Dringlichkeit, so auch die Befreiung der Landwirtschaft, der Investitionen und der öffentlichen Dienste aus der WTO-Disziplin. Kurz, es geht um «De-Globalisierung» für eine «andere Globalisierung» (Walden Bello).

Aufstand ist nötig

«Ohne Kampf gibt das Alte nicht auf» (Gorbatschow). Zwar wird es Kontrollen und Kontrollbehörden mit mehr Kompetenzen geben, um den Handel mit Derivaten einzudämmen und ein Minimum von Transparenz auf den Finanzmärkten herzustellen. Damit soll das System aber nur neu justiert und gewiss nicht überwunden werden. Zwar werden Regierungen ihre Rettungspakete für die Erhaltung von Arbeitsplätzen schnüren, aber sie werden kaum die Chance packen, die industrielle Produktion auf geschlossene Stoffkreisläufe umzulenken. Die Hätschelung der Autoindustrie bringt es an den Tag. Schlimmer noch, die Meinung breitet sich aus, die Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise habe jetzt Vorrang vor der Umwelt.

Die Umweltkrise ist jedoch der Finanzkrise durchaus vergleichbar. Wir sitzen auch gegenüber der Natur auf faulen Krediten. Die Natur ist das Kapital, das wir ausplündern, wenn wir mehr Rohstoffe und mehr Klima in Anspruch nehmen, als es hergibt. So aber ist ein nächster Crash vorprogrammiert.

Dabei wäre eine alternative, insbesondere solare Energiegewinnung die technologische Voraussetzung für eine überlebensfähige und erst noch dezentrale, solidarische Wirtschaftsordnung. Es fehlt also nicht an glaubwürdigen Alternativen. Um sie durchzusetzen, braucht es einen Aufstand wie 1968, von unten, weltweit, gewaltfrei, lustvoll und mit Power.

Willy Spieler ist Alt-Redaktor der Neuen Wege und schreibt jeden Monat das «Zeichen der Zeit» (spieler@goldnet.ch).